

Dieser noch unveröffentlichte Artikel wurde im August 2019 als Beitrag zu einem geplanten Gedenkband für Erich Reiter verfasst. Aufgrund personeller Veränderungen im österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport sowie anderen Gründen ist dieser geplante Band derzeit (Juni 2020) im Ungewissen.

Zur Entwicklung der eurostrategischen Lage

Sicherheitspolitische Prioritäten aus liberal-demokratischer Perspektive

Klaus Becher

1. Zusammenfassung

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinstitutionen hat einen Punkt erreicht, an dem Ungewissheit über die Bestandskraft des Erreichten, den weiteren Weg, das verfolgte Ziel und die Erfolgsaussichten erkennbar geworden ist.

Zum vordringlichen Bedrohungsfaktor für die Sicherheit Europas wird der im öffentlichen Diskurs laut gewordene Überdruß an liberal-demokratischen, international vernetzten Ordnungsvorstellungen und die damit verbundene Sehnsucht nach einfachen, durchschlagenden Lösungen für essenziell unlösbare Phänomene wie Migration oder Klimawandel.

Europäische Sicherheitsvorsorge läuft Gefahr, durch diesen politischen Trend gelähmt und durch kontraproduktive Prioritätensetzung sowie Fehlallokation wirtschaftlichen und politischen Kapitals geschädigt zu werden. Lähmung und Schwächung können bedrohliche Entfaltungsräume für organisierte Kriminalität, ideologischen Terrorismus der "Großen Tat" sowie Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung existenziell-identitärer Wandlungsvorstellungen schaffen.

Staatliche Sicherheitsvorsorge in Europa sollte zunächst ihre Handlungsfähigkeit stärken, indem sie sich dieser systemischen inneren Herausforderung stellt und sie überwindet. Erst nach dieser Bekräftigung der liberal-demokratischen Verfassungsprinzipien im Dienst der Würde aller Menschen wird sie die notwendigen institutionellen Anpassungen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die sich verändernde äußere Lage in strategisch wirksamer Weise angehen können.

2. Bestandsaufnahme

Die drei Jahrzehnte seit dem Ende der Ost-West-Spaltung Europas im Jahr 1989 bieten ein gemischtes Bild aus greifbaren institutionellen Errungenschaften und gescheiterten Ambitionen.

2.1 Transatlantische Zusammenarbeit

Die von den Vereinigten Staaten dominierte Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) bleibt 70 Jahre nach ihrer Gründung weiterhin der

hauptsächliche Rahmen europäischer Verteidigung. Die Zahl der Mitgliedstaaten wuchs seit 1989 von 16 auf 29 (demnächst mit Nordmazedonien auf 30). Dabei trugen alle NATO-Erweiterungen im 21. Jahrhundert zusammen genommen weniger neue Kapazität (in Verteidigungsaufwendungen gemessen) zum Bündnis bei wie die strategisch signifikante Aufnahme Polens im Jahr 1999.

Eine tragfähige Struktur für das Zusammenleben mit Russland wurde nicht entworfen und durchgesetzt. Dabei war es erwartbar und aus strategischer Sicht sogar wünschenswert, dass Russland sich eine Generation nach dem Kollaps des sowjetischen Reiches als eigenständige europäische Großmacht rekonstituieren würde. Die kriegerische Spaltung des NATO-Partnerlands Ukraine wurde in genau der Weise zugelassen, wie sie vor 30 Jahren angesichts der vorwiegend russischen Prägung der Krim als zu erwartender "worst case" erkannt worden war. Auch das NATO-Partnerland Georgien machte sich 2008 falsche Hoffnungen auf westliche Unterstützung beim gescheiterten Versuch der Wiederherstellung seiner territorialen Integrität in Ossetien.

Kampfeinsätze im NATO-Rahmen außerhalb des Bündnisgebiets sind anders als in den 1990er Jahren nicht mehr auf der Tagesordnung. Die multilateralen Kommandostrukturen der NATO werden derzeit noch für Ausbildungseinsätze in Afghanistan, Irak und Kosovo zur Abrundung der vormaligen kriegerischen Auseinandersetzungen genutzt. Mit der Operation "Sea Guardian" werden multinationale Patrouillenfahrten zur Lagebeobachtung im Mittelmeer aufrechterhalten. Die regionale Friedensmission der Afrikanischen Union in Somalia wird von der NATO durch Lufttransport unterstützt.

Die verstärkte Vornepräsenz im baltischen Raum durch Bündnisübungen mit rotierenden multinationalen Einheiten sendet ein signifikantes politisches Signal an den potentiellen Aggressor. Sie bleibt aber militärisch am unteren Ende des denkbaren Spektrums der Bündnissolidarität.

In der Gesamtbewertung ist die NATO seit der deutsch-französischen Verweigerung der Unterstützung für den Krieg zur Befreiung des Irak und der umliegenden Region von Saddam Husseins Terrorherrschaft im Jahr 2003 als weltpolitisches Instrument zunehmend in die Irrelevanz abgerutscht.

Das Absterben etablierter Institutionen kann sich jedoch lange hinziehen, vor allem auch angesichts des für die Vereinigten Staaten zwar nicht strategisch essenziellen, aber dennoch nicht zu vernachlässigenden residualen Werts der Infrastruktur in Deutschland, Italien, Großbritannien und anderen Bündnisstaaten.

2.2 Innereuropäische Zusammenarbeit

Die Absorption der Westeuropäischen Union (WEU) in die Europäische Union (EU) ab dem Jahr 1998 hat der EU über die seit 1973 gewachsene außen- und sicherheitspolitische Dimension hinaus eine sicherheits- und

verteidigungspolitische Rolle verschafft. Dies hat in der Folge zu einer Vielzahl von Akronymen und Initiativen geführt.

Während hieraus bisher militärisch keine durchschlagenden neuen Fähigkeiten erwachsen sind, können die Errungenschaften insgesamt doch als bemerkenswert gelten:

- Die EU ist in der Lage, Einsätze mit NATO-Kontingenten zu führen, wenn die NATO selbst nicht genutzt werden kann.
- Operationen und andere Maßnahmen können im Namen der EU erfolgen, auch wenn sich nur eine Untermenge der EU-Mitgliedstaaten beteiligt. Die 2017 geschaffene Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) stellt einen leistungsfähigen organisatorischen Rahmen hierfür bereit.
- Vorab vereinbarte Budgetregeln, vorgeplante Streitkräftepakete und gemeinsame Übungen erlauben im Bedarfsfall Einsatzvorbereitungen ohne langwierige Vorverhandlungen über die Konditionen.
- Die Europäische Rüstungsagentur (EDA) kann für gemeinsame Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsmaßnahmen sowie harmonisierte Regularien und Standardisierung im Rüstungswesen herangezogen werden.
- Die Europäische Kommission hat signifikante Zuständigkeiten für Marktaspekte des Rüstungswesens in EU-Mitgliedstaaten erworben und fördert die Herausbildung eines leistungsfähigen europäischen Rüstungssektors mit hinreichender Fähigkeit zur Autonomie.
- Dazu gehört auch das neue Instrumentarium zur Ko-Finanzierung von Rüstungsentwicklungsmaßnahmen aus Gemeinschaftsmitteln durch das Verteidigungsindustrielle Entwicklungsprogramm des Europäischen Rüstungsfond (EDF), der in der Periode 2021-27 mit 13 Milliarden Euro dotiert werden soll.
- Es bestehen funktionelle Mechanismen zur gemeinsamen Nutzung nachrichtendienstlicher Fähigkeiten für Aktivitäten im EU-Rahmen.

Damit ist der notwendige Nukleus für eine denkbare zukünftige Übernahme von NATO-Aufgaben durch die EU bereitgestellt, und zwar in einer Weise, die auf die Besonderheiten von Nichtmitgliedern der NATO Rücksicht nimmt und die über die NATO-Zuständigkeiten weit hinaus reichende wirtschaftliche und regulatorische Zuständigkeit der EU erschließt.

Die bindende vertragliche Beistandsverpflichtung des Brüsseler Vertrages von 1948 trat mit der Vertragsauflösung 2011 außer Kraft. Die mit dem Vertrag von Lissabon stattdessen eingeführte Solidaritätsklausel (Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union) ist weniger bindend formuliert und nimmt nicht ausdrücklich auf militärischen Beistand Bezug.

Unter der Vielzahl fachspezifischer Agenturen der EU finden sich mehrere mit Sicherheitsbezug. Sie haben für die Sicherheit der Bürger jenseits der verteidigungspolitischen Sphäre konkrete Bedeutung. Dazu gehören:

- die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (EU-LISA), unter anderem mit dem Schengener Informationssystem (SIS),
- die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit der Aufgabe etablierter und eingeübter Bereitschaft zur gemeinschaftlichen Unterstützung einzelstaatlicher Grenzschutzmaßnahmen im Bedarfsfall,
- supranationale Regulatoren wie die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) oder die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA).

Dies illustriert, dass die funktionale Integrationsdynamik der Europäischen Union keineswegs an Lebendigkeit und Relevanz eingebüßt hat. Ihre etablierten Mechanismen der rechtlich und budgetär verankerten internationalen Zusammenarbeit verschaffen den Mitgliedstaaten der EU bei Sachzwängen zur staatenübergreifenden Harmonisierung und Ressourcenbündelung einen enormen Vorteil gegenüber dem Rest der Welt bei der Wahrung, Wiederherstellung und Legitimierung von Handlungsfähigkeit in Sicherheitsfragen.

2.3 Gesamteuropäische Zusammenarbeit

Die aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erwachsene Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) existiert zwar als großes Zelt der 57 Mitgliedstaaten von Vancouver bis Wladiwostok weiter und unterstützt ein breites Spektrum kooperativer Sicherheitsaktivitäten, ist aber nach den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre kaum noch als praktischer Rahmen für politische und operative Kernaufgaben herangezogen worden. Geschaffen als ein Instrument zum Dialog mit Moskau, kann die Organisation genau diese wesentliche Aufgabe nicht mehr leisten.

3. Defizite

Neben dem Blick auf die bestehenden Institutionen ist es auch geboten zu fragen, an welchen Instrumentarien der Sicherheitsfürsorge es mangelt:

- Europäische Einflussnahme auf den Prozess der gesellschaftlichen Meinungsbildung und politischen Entscheidungsfindung in den Vereinigten Staaten findet nicht statt. Andere Regierungen betrachten solche Einflussnahme angesichts des für die weltpolitische Agenda weiterhin entscheidenden Gewichts der USA als eine ihrer wichtigsten politischen Aufgaben.
- Die europäische Großmacht Russland ist vom kooperativen Netzwerk europäischer Politik isoliert geblieben, da sich kein tragfähiges Rezept

zum integrativen Umgang mit dem russischen Anspruch auf Eigenentwicklung finden ließ. Die zeitweilig durch Wandlung zur G-8 für die Abdeckung dieser Lücke genutzte Gruppe der sieben führenden demokratischen Wirtschaftsmächte (G-7) gab diese Rolle aus innenpolitischen Opportunitätsgründen 2014 nach der russischen Intervention zur Abspaltung der Krim von der Ukraine auf.

- Eine glaubwürdige Kultur des gegenseitigen Verteidigungsbeistands im Ernstfall besteht zwischen den Mitgliedstaaten der EU nicht. Für die weiterhin latent russischer Bedrohung ausgesetzten osteuropäischen, baltischen und skandinavischen Staaten bleibt die amerikanische Rückendeckung innerhalb oder außerhalb der NATO trotz ihrer Ungewissheiten und Kosten wertvoller als die wohlfeile Rede vom Beistand innerhalb der EU.

Die eher unwillige Beistandsleistung innerhalb der EU in den Finanz- und Migrationskrisen der 2010er Jahre unterstreicht das erforderliche hohe Maß an politischer Überzeugungsarbeit auf dem Weg zu einer nicht nur auf dem Paper stehenden gemeinsamen Sicherheit der Europäischen Union.

- Der strategisch als südosteuropäische Flankenmacht unentbehrliche Sicherheitspartner Türkei wurde von der vereinbarten langfristigen Integrationsperspektive abgekoppelt. Die dahinter gelegenen europäischen Staaten Georgien und Armenien wurden weithin vergessen.

Der Schwarzmeerraum, Kleinasien, der Transkaukasus, das östliche Mittelmeer und die Levante sind eurostrategisch kläglich verwaist. Im Umgang mit dem liberal-demokratischen Staat Israel dominieren strategische Abstinenz und Inkohärenz. Dies gilt noch mehr für die Gegenküste des Mittelmeers, obwohl das populäre Kernthema der ungesteuerten Zuwanderung durch Flüchtlingsströme gerade von dort genährt wird.

Als Erfolge lassen sich an der Südostflanke allenfalls die (sehr zögerliche) Rettung Griechenlands vor dem wirtschaftlichen Kollaps sowie die halbwegs gelungene Wiederanbindung Serbiens an gemeineuropäische demokratische Werte verbuchen. Zumindest wurde dadurch die geographische Kontiguität Europas in Richtung Schwarzmeerraum und Ostmittelmeer bewahrt.

- Zwischen innerer und äußerer Sicherheit bestehen weiterhin die hergekommenen bürokratischen Barrieren (in Österreich weniger als anderswo). In der Grauzone dazwischen tummeln sich transnationale organisierte Kriminalität und verdeckte staatliche Sabotage-, Spionage und Einflussoperation relativ unbehelligt, vor allem auch durch Ausnutzung der Internetkultur.

Die NATO hat allerdings die Gefahrenabwehr und aktive Maßnahmen in der informationstechnischen grenzüberschreitenden Vernetzung ("Cybersecurity") in ihren Zuständigkeitskatalog aufgenommen. Seit 2014 ist es erklärte Politik der NATO, dass ein informationstechnischer Angriff auf ein NATO-Mitglied die Bündnisverpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags von 1949 auslösen könnte.

In der Praxis dient dies jedoch bislang vor allem als Transmissionsriemen für die bilaterale Einbindung nationaler Sicherheitsbehörden in US-amerikanisch geprägte Strukturen und nicht zur Schaffung wirksamer, integrierter europäischer Strukturen.

3. Problemstellung

Das sicherheitspolitische Institutionengefüge in Europa aus NATO, EU und ergänzenden Arrangements beruht auf zwei Annahmen: Fortgesetzte transatlantische Gemeinsamkeit und fortgesetzte, sich allmählich vertiefende Integration in der EU. Die gedanklichen Grundlagen und daher die politische Legitimität dieses sicherheitspolitischen Institutionengefüges und der ihm zu Grunde liegenden transnational verschränkten liberal-demokratischen Ordnungsvorstellungen sind heute Angriffen auf breiter Front ausgesetzt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, betrachtet die NATO als unnötige Last und hat im eigenen Land den Kongress und die unabhängige Notenbank öffentlich als Feinde Amerikas gebrandmarkt. Aus der britischen Regierung war im Zusammenhang mit der Brexit-Politik zu hören, das Parlament und Oberste Gericht seien "Feinde des Volkes".

Der Präsident der Russischen Föderation hat das Ende des liberalen Zeitalters verkündet, wohl auch um seine auf antiliberalen Methoden angewiesene eigene Herrschaft als Avantgarde anzupreisen. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán sieht kurioserweise Liberalismus und Christentum in Opposition zueinander, obwohl sich das liberale Menschenbild geistesgeschichtlich als säkularisierter Ausdruck des protestantischen und katholischen Menschenbilds etabliert hat.

Neonationalen Gruppen in Europa werden aus den Vereinigten Staaten und Russland kaum verdeckt finanzielle, organisatorische und propagandistische Unterstützungsmaßnahmen zur strategischen Schwächung der Europäischen Union zur Verfügung gestellt.

Das nach der Volksbefragung von 2016 von der britischen Regierung verfolgte Ausscheiden aus der Europäischen Union (EU) schafft für die NATO und die sicherheitspolitische Rolle der EU eine schwerwiegend veränderte Ausgangslage. Vorbereitungsmaßnahmen zu ihrer Bewältigung konnten wegen der chaotischen Handhabung des Austrittsprozesses durch die britische Regierung bisher noch nicht angedacht werden.

Großbritannien repräsentiert rund ein Drittel der militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten, mit Schwerpunkt auf Einsatzbereitschaft, Mobilität und aktuelle Führungs- und Waffentechnik. Nur auf britisches Drängen ab dem EU-Treffen in Sankt Pölten 1998 hat die EU damit begonnen, eine eigene verteidigungs- und rüstungspolitische Rolle auf Gemeinschaftsebene zu erwerben.

Ohne britische Präsenz in der EU dürfte stattdessen der deutsch-französische Bilateralismus in der Zukunft wieder in den Vordergrund treten. Die langfristig anzustrebende Überführung von NATO-Aufgaben und Kapazitäten in europäische Hand würde dadurch nicht erleichtert.

Es stellt sich angesichts all dieser Entwicklungen die Frage, ob und wie die gewohnte eurostrategische Methode der funktionalistisch sich ausbreitenden Akronym-Institutionen ergänzt werden muss durch eine neue europäische Sicherheitspolitik zum Schutz und zur Durchsetzung der liberal-demokratischen Ordnungsvorstellungen, auf die unsere Staaten in den nationalen Verfassungen und den europäischen Verträgen verpflichtet sind.

Wo liegt die sicherheitspolitische Hauptbedrohung? Liegt sie in bewaffnetem Eindringen von jenseits der Grenzen? Oder liegt sie vielmehr im schleichenden Verlust der von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltentrennung und Menschenwürde geprägten freiheitlichen und demokratischen Ordnung? Die Betreiber dieses Verlusts würden dies aus ihrer Sicht gar nicht als Bedrohung wahrnehmen, da für sie existenzielle Werte wie Souveränität, Volksgemeinschaft und Abwehr fremder Einflüsse Schutzobjekte der Sicherheitspolitik sind und nicht die liberale Verfasstheit. Solcher grundstürzenden politischen Dynamik kann nicht mehr wirksam entgegengetreten werden, wenn sie sich einmal entfaltet hat.

Was wären die Sicherheitsimplikationen einer Renationalisierung Europas auf illiberaler Basis? Was wird aus europäisch vernetzten Staaten und Gesellschaften, wenn sie auf sich selbst zurückgeworfen werden in einem Umfeld der Desintegration und Abschottung? Wie wirkt sich der Verlust der allzu oft gedankenlos als gegeben angenommenen integrierten Just-in-Time-Infrastruktur für Transport, Zahlungsverkehr und Informationsaustausch aus? Es muss befürchtet werden, dass solche Staaten und Gesellschaften der Gefahr einer Armutsspirale ausgesetzt sind, die jenseits der Vorstellungswelt der lebenden Generationen liegt.

4. Orientierungsverlust

In Erinnerung an das Lebenswerk Erich Reiters ist der Wert einer liberalen Staatsordnung als Werkzeug für friedliche Konfliktaustragung, wirtschaftlichen Erfolg und Stärkung des gesellschaftlichen Gemeinwohls Ausgangspunkt der folgenden Analyse. Die liberal-demokratische Epoche hat seit den 1830er Jahren ganz außergewöhnliche, messbare Fortschritte in Lebensstandard und Chancenzugang für die Mehrheit der Menschen geschaffen. Zugleich leidet die liberale Idee an einem Legitimitätsdefizit, das sie angreifbar und verletzlich macht.

Friedrich von Hayek's liberale Erkenntnis- und Sozialtheorie fußt auf der Einsicht, dass Rationalität und Planbarkeit von Problemlösungen menschliche Illusionen sind, die zu fehlerhaften, kontraproduktiven Lösungsansätzen führen, während paradoxerweise das ungeplante Zusammenwirken unvollkommener Menschen ohne Anspruch auf Kenntnis der Wahrheit gesellschaftlichen Fortschritt antreibt.¹

Dieser Denkschule wird heute mit Ungeduld und Überdross begegnet. Genau diesen Überdross vor dem vermeintlich langweiligen, ehr- und wertlosen Kleinklein der liberal-demokratischen Gesellschaft und die Sehnsucht nach der großen, entschlossenen Tat identifizierte Francis Fukuyama im Schlusskapitel seines Buches "Ende der Geschichte" als die einzige verbliebene Gefährdung des Fortbestands der weltweit erfolgreichen demokratischen Wertordnung.²

Für praktische Politikgestaltung gibt es keine bessere Messlatte als die erhöhte Erfolgswahrscheinlichkeit, die sich aus den institutionellen Prozeduren und den inhärenten Leitkriterien und Prioritätssetzungen liberal-demokratischer Staatlichkeit ergibt. Es führt jedoch kein überzeugend erklärbarer Weg von dem ungesteuerten, von Zufall und Fehlern geprägten Zusammenwirken einzelmenschlichen Handelns zu dem vernünftigen, optimierten Ergebnis für das System als Ganzes. Liberalismus an sich bietet keine Antwort auf die menschliche Sehnsucht nach Klarheit und verlässlicher Führung.

Das liberale Modell eines starken, effektiven, schlanken Staates als Garant der verlässlichen Rechtsordnung für die freie Entfaltung der Menschen in dieser Rechtsordnung ist aber ohne Legitimation durch allgemein respektierte liberal-demokratische Grundüberzeugungen nicht haltbar. Ohne Vertrauen in das liberale Instrumentarium wird die Komplexität der Wirklichkeit zur Bedrohung, zumal in einer Zeit, die im Zuge der informationstechnischen Revolution und der Globalisierung eine rasende Zunahme von Komplexität wahrzunehmen glaubt.

Die als sicherheitspolitische Experten geschätzten britischen Journalisten Nik Gowing und Chris Langdon haben 2018 auf der Basis zahlreicher Gespräche mit Führungspersönlichkeiten in Wirtschaft und Politik einen lesenswerten Bericht über das auf der Führungsebene erkennbar gewordene Gefühl des Orientierungsverlusts und der Überforderung durch unüberschaubare Komplexität der Herausforderungen veröffentlicht.³ Die Folgerung daraus ist vor

¹ Als gelungene Zusammenfassung siehe Axel Kaiser: Understanding human ignorance. The Hayekian theory of progress. Chardonne: The Montpelerin Society, 2014 (2014 Hayek Essay Contest).

² Francis Fukuyama: The end of history and the Last Man. London 1992, Kapitel "Immense wars of the spirit", S. 337. Zu den philosophischen Konzepten der antiliberalen Bewegung siehe die Diskussion in Marc F. Plattner: Illiberal democracy and the struggle on the right. In: Journal of Democracy, Januar 2019.

³ Nik Gowing, Chris Langdon: Thinking the Unthinkable. A new imperative for leadership in a disruptive age. Woodbridge: John Catt Educational, 2018.

allem, dass dieser Zustand offen eingestanden werden sollte und Methoden zum erfolgreichen Umgang mit widerstrebenden Erwartungen und einer Flut widersprüchlicher Informationen neu erlernt werden müssen.

Es scheint als ob die relative Geradlinigkeit, Klarheit und Leichtigkeit der historisch ganz außergewöhnlichen Fortschritts- und Wachstumsepoche vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Finanzkrise von 2008 die nachfolgenden Generationen nicht mit dem notwendigen Rüstzeug für integratives, nachhaltiges und zielführendes Leitverhalten unter manifester Ungewissheit ausgestattet hat, mit dem Resultat zunehmender Verstörung und Entwurzelung.

Anders als in der von der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs persönlich und professionell zur Reife gezwungenen Generation fehlt es tendenziell nicht nur an verinnerlichten Urteilkriterien und der Aura der Ernsthaftigkeit, sondern vor allem am Gespür für das Schritt für Schritt Machbare durch Eingehen kalkulierter Risiken unter Bezugnahme auf einen strategischen Orientierungsrahmen für ein "langames Bohren harter Bretter" (in Max Webers klassischer Definition des Wesens von Politik).⁴

5. Bündnisverlust

Unter Präsident Trump ist allgemeine Weisheit, dass es um das transatlantische Verhältnis nicht zum Besten steht. Diese Wahrnehmung ist durch einen irrigen Fokus auf seine polarisierende Persönlichkeit verzerrt. Sie ermöglicht aber das notwendige, seit Langem vermiedene Aufarbeiten der grundlegenden Wandlungen amerikanischer Politik seit dem Ende der 1980er Jahre.

Trump ist der erste Präsident seit einem Jahrhundert, dessen Vorfahren erst vor kurzem aus Europa über den Atlantik ausgewandert sind. Es ist wohl gerade seine von altdeutscher Robustheit geprägte Manier, die Vielen in Europa so unverdaulich erscheint. Dabei sind die oft konfrontativen Inhalte, die er plastisch zum Ausdruck bringt, für erfahrene Beobachter keineswegs neu und unrepräsentativ. In Trump hallt wider, was sich in den Vereinigten Staaten in den vergangenen drei Jahrzehnten aufgebaut hat. Unabhängig von seiner Amtsinhaberschaft wird dies wirksam bleiben, wenn auch vielleicht mit Wandel im Ton.

Es ist ein Fehler, das hohe Maß an Kontinuität in Grundorientierungen von Bill Clinton zu George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump zu übersehen. Trotz der rhetorisch tief gespaltenen politischen Lager sind die Vereinigten Staaten als Ganzes ein großes Staatsschiff, das keine abrupten Wendungen vollzieht. Wer sich den Luxus langatmiger Beobachtung erlaubt, kann allmähliche Wandlungstrends lange im Voraus erkennen und verfolgen.

⁴ Max Weber: Geistige Arbeit als Beruf. Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund. Zweiter Vortrag: Politik als Beruf. München: Duncker & Humblot, 1919, S. 66.

Es war klar, dass die seit den 1970er Jahren von der amerikanischen Führung verfolgte Strategie für weltwirtschaftliches Wachstum durch Aufbau weltweit vernetzter Infrastrukturen und Märkte unter Aufpöppelung Chinas und Freisetzung der Energien anderer Schwellenländer unter Nutzung der Kapitalanhäufung der energieproduzierenden Länder in der amerikanischen Bevölkerung immer stärker die Frage nach den damit verbundenen relativen Einbußen an Wohlstand und Macht der Vereinigten Staaten selbst wachrufen würde.

Es war auch von dem Augenblick der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Afghanistan und Irak klar, dass sich in der amerikanischen Öffentlichkeit eine politische Bewegung für ihren Abzug formieren würde. Von der allmählichen Absetzbewegung in der zweiten Amtszeit von George W. Bush führt über Barack Obama eine direkte Linie zu Donald Trumps Abzugsentscheidung. Eine weltpolizeiliche Rolle der USA ist innenpolitisch wenn überhaupt, dann stets nur zeitweilig vermittelbar.

In Bezug auf die NATO und Europa ist aus demselben Grund schon seit Ende der 1990er Jahre klar, dass sich in Washington kein Blumentopf mehr mit traditionellen transatlantischen Sicherheitsthemen gewinnen lässt. Einzig die große Osterweiterung der NATO im Jahr 2004 hat dieser Organisation aus der Perspektive jenseits des Ozeans noch einmal ein verlängertes Existenzrecht verliehen, lange nach Ende der unmittelbaren militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion in der Mitte Europas, für die dieses in der amerikanischen Geschichte einzigartige geopolitische Bündnis geschaffen worden war.

Europa hat nach dem Ersten Weltkrieg bitter gelernt, dass die Vereinigten Staaten ihren auf dem innenpolitischen Markt bestimmten eigenen Interessen folgen, ohne sich dabei von internationalen Bindungen einengen zu lassen. In der Ausnahmesituation des institutionalisierten Ost-West-Konflikts wurde diese Lektion wieder verlernt. Die Vereinigten Staaten sind nicht auf Dauer in Europa präsent. Es ist an den Europäern selbst, auch ohne diesen Bündnispartner für die eigene Sicherheit sorgen zu können.⁵ Altruistische Anstrengungen zur Stützung europäischer Integration und Sicherheit sind von den Vereinigten Staaten nicht mehr zu erwarten. Euro-strategisch geht es nicht mehr um transatlantischen Bündniserhalt, sondern um gesteuerte, behutsame Entflechtung.

Von der amerikanischen Diplomatie kann dabei neben der auf höhere Verteidigungsanstrengungen drängenden Rhetorik keine konstruktive Unterstützung erwartet werden. Wie noch immer bei Fortschritten in der jungen

⁵ Als interessante Erörterungen der sich ergebenden Fragen siehe Barbara Lippert, Nicolai von Ondarza, Volker Perthes (Hg.): Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2019 (=SWP-Studie Nr. 2) sowie Mark Leonard, Jeremy Shapiro (Hg.): Sovereignty. How Europe can regain the capacity to act. Berlin: European Council on Foreign Relations, Juni 2019.

Geschichte europäischer verteidigungspolitischer Gemeinsamkeit werden aus Washington eher heftige Querschüsse im Interesse politischer Kontrolle und rüstungsindustrieller Nationalinteressen abgefeuert werden, um die Europäer gegeneinander auszuspielen - in erstaunlicher Harmonie mit gleichzeitigen propagandistischen Störmanövern aus Moskau.⁶

6. Machtvergessenheit

Liberal-demokratische Gewöhnung an den selbstregulierenden Lauf der Dinge in langen Friedenszeiten birgt die Gefahr zu vergessen, dass sich die historische Errungenschaft der Herrschaft des Rechts ohne stetige sichtbare Ausübung und Erneuerung staatlicher Macht unversehens in Nichts auflösen kann.

Demokratie, Liberalismus und internationale Vernetzung erfordern eine strategisch gewollte Diffusion der Macht. Umso wichtiger ist es, dass der Staat sich durch machtvolle Sicherheitsinstitutionen nach Außen und Innen im Machtkampf gegen rivalisierende Wert- und Ordnungsvorstellungen behauptet, um die grundlegende Verlässlichkeit des effizienten Schutzes der Menschen vor Missbrauch im Sinne der Rechts- und Verfassungsordnung zu bewahren.

Tut er dies nicht in hinreichend überzeugender Art und Weise, ermutigt der Staat damit die zunehmende Menge jener, die Recht und Verfassung für sich nicht mehr gelten lassen wollen: von rücksichtslosen Rasern und betrügerischen, erpresserischen Geschäftemachern (auch in großen Unternehmen) über kriminelle Banden und Clans zu korrupten Amtsträgern und der explodierenden Zahl von Hasspredigern, die sich vor allem in den sozialen Medien am gesellschaftlichen Grundvertrauen der liberal-demokratischen Ordnung vergehen, oft sogar anonym aus der gutsituierten Mitte der Gesellschaft heraus.

Sicherheitspolitisch erschreckend ist vor allem, wie klein der Schritt von der menschenverachtenden Hassrede zur terroristischen Tat und gar zum Umsturz sein kann. Zwar stimmt es, dass der ästhetische Widerwille gegen die liberal-demokratische Welt sich seit Beginn der Globalisierung zuerst im islamischen Kontext manifestiert hat. Dennoch wäre es ein Fehler, diesen existenziellen Terrorismus als etwas wesensmäßig Anderes als hausgemachte Varianten zu deuten.

Die Macht historischer Stereotypen lebt in den Menschen weiter und kann gezielt evoziert werden. Dies wurde inmitten Europas im völkermörderischen Zerfall des ehemaligen Jugoslawien demonstriert. Die größte politische Sprengkraft und Hebelwirkung geht dabei im europäischen Raum von der Evokation von Stamm und Volk als Herausforderer des Staates aus. Bezugnahme auf das "Volk" meint dabei stets Aufkündigung der Loyalität mit dem staatlich organisierten Gemeinwesen in seiner gewachsenen Vielfalt und seine ideologische Ersetzung durch die eigene partikuläre Gruppenidentität.

⁶ Zu amerikanischen Angriffen auf den europäischen Rüstungsmarkt siehe z. B. Daniel Flott: The poison pill. EU defence on US terms? In: ISS Brief Nr. 7, Juni 2019.

7. Schlussfolgerungen

Die überlegene Selbstgewissheit des Westens nach dem Abgang des sowjetischen Konterparts hat den Blick darauf verstellt, dass jede Generation die liberal-demokratische Verfassung ihres westlichen Gemeinwesens für sich neu gewinnen und vor atavistischen Gegenkräften verteidigen muss.

Die Politik (also die Welt der politischen Parteien) hat der Versuchung nachgegeben, sich mediengerecht als Teil der Unterhaltungsindustrie zu präsentieren. Sie hat auf diese Weise ihre Führungslegitimation aufs Spiel gesetzt und wird zunehmend als beliebig und nur wenig relevant wahrgenommen.

Sicherheit ist letztlich nichts als ein Gefühl. Ist dieses Gefühl einmal verloren, ist es schwer wieder zu etablieren. Für die eurostrategische Lage und den Umgang mit ihr ist bedeutsam, dass dem hohen Wohlstandsstandard und langen Frieden zum Trotz vielen Menschen das Gefühl der Sicherheit ohne wirklich greifbaren Grund entglitten ist.

Die Kernaufgabe politischer Führung in eurostrategischer Hinsicht besteht in der unmissverständlichen Priorisierung greifbarer und daher lösbarer Aufgaben über die Vielzahl vage definierter existenzieller Probleme, die zwar in Mode in kommen mögen, sich ihrem Wesen nach menschlicher Gestaltungsmacht aber gar nicht fügen können, und wenn überhaupt, dann nur mit menschenverachtenden, gewaltsamen Mitteln verfolgt werden könnten. Mit abstrakten Großproblemen muss man zu leben lernen, statt sie lösen zu wollen.

Was ist das Erfolgsrezept gegen den aufschwellenden Diskurs identitärer, potenziell sogar gewaltbereiter Beliebigkeit des Hasses auf liberal-demokratische Institutionen und gemeinsame Sicherheit? Es liegt wie stets in der beharrlichen Verschränkung verfügbarer Expertise mit glaubwürdiger, unaufgeregter Seriosität der politisch Handelnden auch bei medialem Gegenwind, kurz gesagt: im ehrhaften, bescheidenen Bemühen um gutes Regieren.

Klaus Becher M.A., geb. 1959, wirkte als wissenschaftlicher Mitarbeiter für internationale Sicherheitsfragen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem Internationalen Institut für Strategische Studien sowie Wilton Park. Ab 2006 arbeitete er im eigenen Beratungs und Projektleitungsunternehmen Knowledge & Analysis, unter anderem auch durch sicherheitspolitische Studien im österreichischen Kontext mit Anbindung an eine Reihe von Forschungsinstituten im Wiener Raum. 2007/08 assistierte er am Internationalen Institut für Liberale Politik dessen Gründer und Leiter Erich Reiter. Klaus Becher lebt in Großbritannien und ist dort im militärischen Luftfahrtwesen als Projektleiter für automatisierte Flugdatenauswertung tätig.